

Antrag vom 20.01.2023	
------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Deutschlandticket: Mobilitätswende in Stuttgart weiter vorantreiben

Mit Blick auf die klima- und verkehrspolitischen Ziele der Landeshauptstadt Stuttgart unterstützen wir GRÜNE im Stuttgarter Rathaus selbstverständlich Maßnahmen, die den Umstieg auf den klimafreundlichen ÖPNV fördern und Menschen dazu bewegen, ihren Pkw stehen zu lassen. Die Mobilitätswende in unserer Stadt ist jedoch nicht nur eine gesellschaftliche, sondern auch eine große finanzielle Herausforderung. Es ist daher richtig, künftige dauerhaft wirksame Ausgaben auch im Vorfeld genau zu beziffern und zu bewerten. Für die Finanzierung des Wandels von der Auto- zur Mobilitätsstadt sind immense Ausgaben notwendig, da mehr Nutzer*innen im Nahverkehr auch mehr Angebote benötigen. Wir haben daher bereits Vorschläge ausgearbeitet, darunter die Einführung eines Mobilitätspasses mit einem Jahresticket von 365 Euro für alle Stuttgarter*innen.

Die Gewinnung und Bindung von Personal ist eine der aktuell größten Herausforderungen für den Öffentlichen Dienst. Hierfür sind auch die Zuschüsse der LHS als Arbeitgeberin für den ÖPNV – das Jobticket – ein wichtiges Mittel. Wir GRÜNE im Stuttgarter Rathaus haben diese Themen bereits seit Langem im Blick: 2013 hat Oberbürgermeister Fritz Kuhn das Jobticket eingeführt. Darüber hinaus ist es Fritz Kuhn gelungen, große Teile der Wirtschaft und andere große Arbeitgeber*innen miteinzubinden und das Zuschussmodell in der gesamten Landeshauptstadt zu etablieren. Durch die geplante Einführung des Deutschlandtickets bieten sich nun neue Möglichkeiten, das ÖPNV-Zuschussmodell auszuweiten und durch die Vorreiterfunktion erneut den Anstoß für weitere Arbeitgeber*innen in der Landeshauptstadt zu geben. Folgerichtig plant die Landeshauptstadt Stuttgart, ihren Mitarbeitenden künftig die Übernahme der Kosten für das „49-Euro-Deutschlandticket“ anzubieten.

Die Beschlussvorlage GRDRs 820/2022 „Kostenfreies Deutschlandticket für städtische Mitarbeitende“ geht hier aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Die Kostenübernahme soll allerdings auf die Mitarbeitenden der Stadt und des Klinikums Stuttgart begrenzt sein.

Wir erwarten, dass auch die Arbeitgeberleistungen für die Mitarbeitenden aller Beteiligungsunternehmen der Stadt entsprechend angepasst werden. Dafür müssen in den zuständigen Gremien die notwendigen Beschlüsse gefasst werden. Durch ein analoges Angebot der Beteiligungsunternehmen der Stadt Stuttgart für deren Mitarbeitende entstehen Mehraufwendungen, die dann gegebenenfalls auch aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren wären.

Eine weitere Personengruppe, die hier Berücksichtigung finden muss, sind die Mitarbeitenden der freien Kita-Trägern in Stuttgart, die einen wichtigen Beitrag zur Kinderbetreuung in unserer Stadt leisten. Die Stadt Stuttgart beteiligt sich hier nach dem Subsidiaritätsprinzip mit einem festen Prozentbetrag an den Personalkosten. Da das Jobticket ein Bestandteil dieser Personalkosten wäre, ist es nur folgerichtig, dass bei Inanspruchnahme dieses ausgeweiteten Jobtickets auch die Mehrkosten von der Stadt Stuttgart analog bezuschusst werden.

Deshalb beantragen wir:

1. Die Stadtverwaltung prüft bis zur Entscheidung über die Vorlage 820/2022, welche Kosten auf die Stadt zukommen würden, wenn die 100%igen Beteiligungsunternehmen und die freien Kita-Träger ebenfalls das erweiterte Jobticket für ihre Mitarbeitenden anbieten würden.
2. Der Oberbürgermeister setzt sich bei anderen Arbeitgeber*innen innerhalb Stuttgarts für eine analoge Erhöhung der Arbeitgeberleistungen ein, um auch hier ein nachhaltiges Pendlerverhalten zu befördern.
3. Damit ein Umstieg auf den ÖPNV aber auch nachhaltig gelingt, braucht es zudem eine nachhaltig finanzierte Angebotsausweitung. Dafür stellt die Verwaltung zeitnah die aus dem Pilotversuch zu einer Mobilitätsabgabe gewonnenen Erkenntnisse dar und legt eine Vorlage zur Beschlussfassung vor.

Gez.



Andreas Winter
B'90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion



Petra Rühle
B'90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion